

## Deutschland.

Berlin, 26. August. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Veterinär-Medizinal-Collegium der Provinz Westfalen und Departements-Veterinär des Regierungsbezirks Münster, Eduard Jacob Halm zu Münster den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Schullehrer und Organisten Walter zu Hönigern im Kreise Rastatt, und dem Schullehrer, Organisten und Küster Wöhehoff zu Wünde im Kreise Herford den Adler der Inhaber des königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; sowie dem Domkantor Paul zu Berlin und dem bei dem Curhause zu Gmünd angestellten Hausmeister Bailly das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat den Pastor August Ferdinand Gräl zu Neumark in Pommern zum Superintendenten der Diocese Colbatz, Regierungsbereich Stettin, ernannt, sowie dem Banquier Karl Heinrich Wilhelm Köster zu Frankfurt a. M. den Charakter als Commerzienrath verliehen.

Se. Majestät der König hat die Versetzung des Ober- und Corps-Auditeurs Michels des XV. Armee-Corps in gleicher Eigenschaft zum Corpsgericht des XI. Armee-Corps und des Ober- und Corps-Auditeurs Dr. Jung des II. Armee-Corps in gleicher Eigenschaft zum Corpsgericht des XV. Armee-Corps genehmigt.

Berlin, 26. August. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm gestern auf Schloß Babelsberg den Vortrag des Geheimen Ober-Regierungs-Raths Anders vom Civilcabinet entgegen und empfing den General-Adjutanten, General der Cavallerie Grafen von der Goltz nach dessen Rückkehr von längerem Urlaube. Um 2 Uhr dinirte Se. Majestät bei dem Offizier-Corps des Regiments der Gardes du Corps. Nachmittags um 5 Uhr fand bei den kaiserlichen Majestäten auf Schloß Babelsberg ein Gartenfest statt. (N. A.)

Berlin, 26. August. [Der Kriegsminister, General der Infanterie, v. Ramecke.] begibt sich Donnerstag, den 4. September, nach Schleien, um den dort stattfindenden Cavallerie-Mandevren während einiger Tage beizuwohnen.

Berlin, 26. August. [Die Mission Manteuffels. — Ankunft russischer Großfürsten. — Reichschapamt. — Wiederbeginn der Arbeiten des Bundesrathes.] Der General-Feldmarschall von Manteuffel trifft heute Nachmittag hier ein und reist morgen mit seinen von uns genannten Begleitern zur Begrüßung des Kaisers von Rußland nach Warschau ab. Die Angabe, wonach der Feldmarschall eine Mission nach Petersburg erhalten haben soll, ist jedenfalls unrichtig und beruht auf einer Verwechslung mit der Warschauer Reise. Inzwischen macht sich bezüglich dieser letzteren immer mehr die Auffassung geltend, daß dieselbe der Herstellung der alten Beziehungen gelte, von denen man in Hofkreisen behauptet, ihre Erhaltung erfordere lediglich in den Spalten der Zeitungen. Wenn nicht Alles täuscht, werden die diesseitigen Regierungsblätter wenigstens in der Mission Manteuffels ein Signal erhalten haben, den feindseligen Ton gegen Rußland einzustellen. Am Hofe hat die turbulente Stimmung der Börse einen sehr befremdenden Eindruck hervorgerufen. Uebrigens treffen morgen die russischen Großfürsten Wladimir und Alexis von Kiewen kommend hier ein und werden von den Majestäten in Babelsberg empfangen werden. Uebermorgen folgen die Großfürsten einer Einladung zur Abhaltung von Jagden in Hubertusfod. Auch dies spricht jedenfalls nicht für das Vorhandensein getrübler Beziehungen zwischen Preußen und Rußland. — In dem neuen Reichschapamte herrscht eine sehr lebhaft Thätigkeit. Dieselbe gilt vorwiegend der Aufstellung des amtlichen Waaren-Verzeichnisses, dessen erster Theil bereits erschienen ist. Es dürfte mit der Zeit kaum zu vermeiden sein, daß in dem Amte eine zweite Directorstelle für die Leitung der zweiten Abtheilung erforderlich wird. Möglich, daß der nächstjährige Etat in Bezug hierauf, sowie auf eine weitere Vermehrung der Mitglieder des Amtes die Entscheidung bringt. Ueber den Wiederbeginn der Geschäfte des Bundesrathes wird erst nach der Rückkehr des Staatsministers Hofmann entschieden werden. Den Mitgliedern war bei der Vertagung angekündigt, daß der noch erübrigenden Geschäfte zur Ausführung des neuen Zolltarifs bereits die Möglichkeit eröffnet worden, die Arbeiten Anfang September wieder aufzunehmen.

[Vom Urlaub zurückgekehrt.] Staatsminister von Bälou ist aus Gastein, Minister von Buttkamer aus der Schweiz nach Berlin zurückgekehrt. [Eine offizielle Erfindung.] Die „N. A. C.“ schreibt: „Die „Norddeutsche Allg. Zeitung“ weiß zu melden: Wie wir erfahren, hat die am Sonntag hier stattgefundene Versammlung des national-liberalen Wahlvereins nach sehr heftigen und langwierigen Debatten gegen die Ansicht der Herren Fortenbeck, Laster u. a. für die Zustimmung zu zweijährigen Budgetperioden im national-liberalen Wahlaufsatz sich schlüssig gemacht. Selbstverständlich ist an dieser Nachricht kein wahres Wort.“ Die Dreistigkeit des offiziellen Organs ist bekanntlich nie gering gewesen, diesmal hat es sich aber selbst übertroffen. Wir haben die in so positiver Form ausgesprochene Mittheilung ernst genommen, da wir eine derartig ungeschickte Tendenz nicht voraussetzen konnten.

[Ueber die Befehdung Deutschlands durch die russische Presse] spricht sich jetzt auch die Kreuzzeitung aus. Bei der Fühlung, welche dieses Organ jetzt wieder mit der Regierungsfreie hat, sind ihre Aeußerungen immerhin beachtenswerth. Wir entnehmen derselben Folgendes: „Was die persönliche Verstimmlung betrifft, welche den Panславismus gewähren läßt, so hat der Berliner Congreß über die Natur derselben, sowie über die Methode der Aeußerung hinlänglichen Aufschluß gegeben. Man braucht nur an jene theatralische Congreß-Scene zu denken, in welcher Fürst Gortschakoff seine russischen Kollegen belästigte, um hinterher den panславistischen Organen den Mund zu öffnen, welche das nothwendige Juridictum der Gortschakoff'schen Bräutereien als eine „Chreißig“ charakterisirten, welche Rußland empfangen habe. — Und doch befriedigte der Congreß in volstem Maße den russischen Ehrgeiz in allen seinen legitimen Forderungen und legte dem Rebanche-Werte Gortschakoff die Krone auf, indem durch die Rückgabe von Westarabien die letzte Spur des Pariser Friedens von 1856 verwischt wurde. — Aber es liegt eben in der Natur des Ehrgeizes, daß er mit jedem Erfolge seine Ziele weiter hinaus schiebt und diejenigen als seine Feinde behandelt, die ihre eigenen Interessen der fremden Ueberspannung nicht opfern wollen. Kann indeß die persönliche Verstimmlung zu einer realen Gefahr werden? Darf man die kriegerische Frontstellung der panславistischen Presse als eine ernstliche Drohung betrachten? Doch nur, wenn die Lebensinteressen Rußlands sich in dem leidenden Staatsmann veräußern, oder der Panславismus in Rußland über die Bedeutung eines Weltreiches hinausgewachsen wäre, welches man nach gemachtem Gebrauch ohne Gefahr wieder bei Seite stellen kann, wie das vor, während und nach dem russisch-türkischen Kriege wiederholt geschehen ist. Dankbarkeit ist eine schwache Tugend und die Fälle sind sehr selten, in welchen sie zu einer Triebfeder der Politik geworden; aber wenn zwei Reiche Generationen hindurch, durch die intimsten Beziehungen ihrer

Herrscher verknüpft, so oft Gelegenheit gefunden haben, einer dem anderen die wesentlichsten Dienste zu leisten, ohne daß der eine durch die Förderung der Interessen des anderen eine Einbuße erlitten hätte, vielmehr in dieser Förderung eine Erleichterung eigener Bestrebungen gefunden hat, so erzeugt sich ein Verhältnis, welches, wenn selbst die persönlichen Intimitäten schwächer werden sollten, doch nicht die Traditionen verlieren kann, welche zu einem Lebens-Element geworden sind, und auf welche man in jedem kritischen Moment zurückgreifen kann, um in ihnen eine Richtschnur des Verhaltens für die Gegenwart zu finden. Fürs erste können wir uns nicht entziehen, in den Kundgebungen der russischen Presse etwas anderes, als ein prasselndes Feuerwerk zu erkennen; obwohl wir nicht bestreiten wollen, daß ein ungeführter Feuerwerker mitunter Schaden anrichtet, — nicht selten aber auch Schaben nehmen kann.

[Der neuconservative Wahlaufsatz.] Der vom Wahlbureau der neuconservativen Partei beschlossene Wahlaufsatz, welcher bereits im Auszug mitgetheilt worden, hat folgenden Wortlaut:

An die Wähler! Die Wahlen für das Abgeordnetenhaus stehen in der Kürze bevor. Die große Mehrheit des Volkes will — davon sind wir überzeugt — eine stetige, auf dem praktischen Bedürfnisse fußende, nicht aus abstrakten Prinzipien hergeleitete Fortentwicklung unserer staatlichen und wirtschaftlichen Zustände. Diesen Willen zum Ausdruck zu bringen, das ist die Aufgabe der conservativen Partei im Lande.

Die conservativen Partei steht auf verfassungsmäßigem Boden und wird allen Bestrebungen entgegenstehen, welche auf Kosten der constitutionellen Rechte der Krone die Macht des parlamentarischen Regimes erweitern wollen. Die Nachfolge der preussischen Krone in ihrem vollen, verfassungsmäßigen Umfang zu erhalten, das liegt nicht nur für Preußen, sondern auch für das Deutsche Reich im eigenen Interesse der Nation. Diese Aufgabe zu erfüllen ist die conservativen Partei jedoch nur dann im Stande, wenn sie aus sich selbst heraus die Kraft hat, die Zersplitterung, welche in ihrem Schooße seither bestand, zu beseitigen. Die Wählerkraft muß durch ihr Votum für die Bildung einer großen conservativen Partei im Lande Bahn machen, in welcher bei aller Freiheit der Anschauung des Einzelnen der Wille der conservativen Gesamtheit des Volkes zum Ausdruck kommt. Hierzu offen vor dem Lande die Hand zu bieten, das halten wir unterzeichneten Mitglieder der bisherigen neuconservativen Partei für unsere unabwiesliche Pflicht, und diesem Zwecke glauben wir zu dienen, wenn wir auf die wichtigsten und dringendsten Aufgaben zu deren Lösung sich nach unserer Meinung alle Conservativen im Lande vereinigen sollten, nachstehend hinweisen.

Die Foesen im Reiche unter ernsten Kämpfen angebahnte Wirtschaft- und Finanz-Reform ist in Preußen weiter durchzuführen und nutzbar zu machen. Unter Festhaltung an den Grundsätzen altpreussischer Sparsamkeit sind die vom Reiche zu erwartenden Ueberschüsse in der Art zu verwenden, daß durch eine Reform der Steuern- und Einkommensteuer das Leichtig aus der Arbeit fließende Einkommen entlastet und durch Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer an die Communalverbände letztere erleichtert werden. Hierbei ist für eine gleichmäßige Berücksichtigung der städtischen und ländlichen Interessen Sorge zu tragen.

Die Vereinigung der Haupt-Eisenbahnenlinien in der Hand der Staatsverwaltung ist, so weit es die finanziellen Rücksichten gestatten, zu fördern, um endlich das Tarifwesen dem öffentlichen Interesse entsprechend zu regeln und damit der nationalen Production eine der wichtigsten Bedingungen ihrer Existenz zu sichern.

Das begonnene große Werk einer allgemeinen Reform der staatlichen und kommunalen Verwaltung ist auf der Grundlage, welche in der Kreisordnung vom 13. December 1872 gelegt worden, fortzuführen. Die Mängel, welche die Erfahrung an einigen der neuen Einrichtungen dargelegt hat, sind zu beseitigen, der Ausbau ist zu vollenden, die gleiche Organisation ist unter angemessener Berücksichtigung der Verschiedenheit der thafschlichen Verhältnisse auf das ganze Staatsgebiet auszubehnen.

Zur Wiederherstellung des kirchlichen Friedens ist bereitwillig die Hand zu bieten. In wie weit einzelne Bestimmungen der zum Zwecke des Kampfes erlassenen Gesetze einer Abänderung unterliegen können, das wird von der Verhandlung abhängen, wie solche zwischen der Staatsregierung und dem heiligen Stuhle wird erzielt werden. Wir setzen voraus, daß bei dieser Verhandlung die unüberwindlichen Rechte des Staates gegenüber der Kirche gewahrt bleiben.

Für den Volksunterricht ist durch gesetzliche Regelung der Unterhaltungs-pflicht der Schulen, im Anschlusse an die communale Reform, und durch angemessene Heranziehung der Staatskasse eine sichere, materielle Grundlage zu gewinnen. Soweit nicht zwingende Ausnahmegründe vorliegen, ist der confessionelle Charakter der Volksschule zu erhalten, und die Leitung des Religionsunterrichts den Religions-Gesellschaften zu überlassen. Die Aufsicht über das gesamte Unterrichts- und Erziehungswesen hat der Staat nach wie vor in fester Hand zu behalten.

Der complicirte Mechanismus der Reichs- und Staatsgesetzgebung bedarf einer durchgreifenden Erleichterung, wenn die zahlreichen und wichtigen Aufgaben der Legislative in absehbarer Zeit eine befriedigende Lösung finden sollen. Die Verlängerung der Budgetperioden würde, indem sie eine große Menge von entbehrlichen Verhandlungen beseitigt und Kraft und Zeit für andere hochbedeutende Arbeiten frei macht, keine Abschwächung, sondern eine Stärkung des Ansehens und der Bedeutung der Parlamente erzielen.

Die bevorstehenden Wahlen sind für die conservativen Sache von einschneidender Bedeutung. Wählen wir deshalb Männer, welche im praktischen Leben, in ihrem Berufe, in der Gemeinde, in Kreis und Provinz sich bewährt haben, Männer von warmer Vaterlandsliebe, von starkem Rechtsbewußtsein, von unabhängigem Sinne, Männer von Verständnis für das historische Gewordene und für die organische Fortentwicklung des Bestehenden — conservativen Männer —!

Berlin, im August 1879. Das Wahlcomité der neuconservativen Partei ges. v. Rauchhaupt. v. Lieberman. Graf Limburg-Sturum. v. Wilamowitz-Möllendorf.

[Kunstgewerbemuseum zu Berlin.] Die Aenderung des Namens „Deutsches Gewerbe-Museum“ in „Kunstgewerbe-Museum zu Berlin“ ist vom Kaiser genehmigt worden, desgleichen daß das Verwaltungsjahr des Museums vom 1. April bis 31. März läuft.

Stuttgart, 24. August. Der 20. Vereinstag des allgemeinen Verbandes der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. I. Der 20. deutsche Genossenschaftstag hat heute unter zahlreicher Beteiligung begonnen. Seine Dauer ist auf vier Tage bestimmt, am fünften Tage, dem Vergnügungstage, soll noch eine gemeinschaftliche Fahrt nach Urach auf die schwäbische Alp gemacht werden.

Bei dem allgemeinen Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, zu dem zur Zeit über 1100 im deutschen Reich domicilirende Genossenschaften gehören, und dessen Geschäfte der Reichstags-abgeordnete Dr. Schulze-Delitzsch als Anwalt leitet, bildet der alljährlich im August stattfindende allgemeine Vereinstag die oberste Instanz. Er wird besucht durch Delegirte der zum Verband gehörigen Genossenschaften und der sogenannten Unterverbände, zu welchen sich ohne allen Zwang Verbandsgenossenschaften einzelner Staaten oder Provinzen zusammengethan haben. Diese hatten alljährlich einige Zeit vor dem allgemeinen Vereinstage ihren Unterverbandsstag ab, und zwar unter Vorath von Schulze-Delitzsch oder einem Stellvertreter derselben (Abgeordneter Ludolf Parisius in Berlin oder Dr. Schneider in Potsdam). Die Unterverbandsdirectoren bilden den engeren Ausschuss, welcher dem Anwalt als Vertreter der Genossenschaften zur Seite gestellt ist und alljährlich auf dem allgemeinen Vereinstage seine Sitzungen abhält. Dies die Organisation des Verbandes, die sich nun seit einer Reihe von Jahren bewährt hat. Von den Unterverbänden, deren es zur Zeit 33 giebt, sind 23 ausschließlich aus Vorhau- und Creditvereinen zusammengesezt, acht werden von Consumvereinen gebildet, denen sich auch Productivgenossenschaften und einzelne Magazingenossenschaften und Bauvereine angeschlossen haben. Der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften der Provinz Preußen besteht aus Molkereigenossenschaften und landwirtschaftlichen Consumvereinen.

Die allgemeinen Vereinstage, die seit 1859 in regelmäßiger Reihenfolge, jährlich außer im Kriegsjahre 1870 stattfanden, sind stets in einer andern Stadt abgehalten; in den letzten Jahren ist möglichst zwischen Nord-, Süd- und Mittelddeutschland gewechselt. Die Reihenfolge der Städte ist Weimar, Gotha, Halle a. S., Potsdam, Götting, Mainz, Stettin, Rastatt, Queblinburg, Leipzig, Neustadt a. Harz (1869), Nürnberg (1871), Breslau, Constanz, Bremen, München, Danzig, Wiesbaden, Eisenach.

Württemberg hat noch keinen allgemeinen Vereinstag. Nachst der Provinz Hannover, deren Genossenschaften keinen Verband bilden, sind die Württemberger der deutschen Genossenschaftsbewegung am meisten fern geblieben. In Württemberg unterhielten die Vorhau- und Creditvereine, die nach dem Vortritt der Stuttgarter Handwerkerbank (1856) seit dem Jahre 1862 in größerer Anzahl entstanden sind, zwar einen Landesverband, welcher jetzt an 64 Vereine umfaßt. Dieser hält sich aber dem allgemeinen deutschen Verband fern. Nur eine ganz geringe Zahl Vorhau- und Creditvereine theilte sich an dem letzteren, hatten auch einen besonderen Unterverband, der aber wegen der geringen Anzahl Mitglieder nur dem Namen nach existierte. Die Consumvereine Württembergs hatten unter Vortritt des Stuttgarter Spar- und Consum-Vereins, eines der größten deutschen Consum-Vereine, den Verband süddeutscher Consumvereine gestiftet, der, nachdem er mehrere Jahre lang gesondert bestand, sich schon seit lange als Unterverband in die gemeinsame deutsche Organisation eingereiht hat. Als in den Jahren 1874 bis 1876 sechs württembergische Vorhauvereine durch Veruntreuungen ihrer Beamten zu Grunde gingen und sich dabei herausstellte, daß fast alle Vereine in ihrer Geschäftsführung gerade in Ansehung der Mahregeln zur Sicherung der Mitglieder die Fortschritte des allgemeinen deutschen Verbandes nicht mitgemacht hatten, fand sich mehr und mehr auch bei den württembergischen Vorhauvereinen das Bedürfnis zum engeren Anschlusse an den deutschen Verband. Heute nun ist in einer Verammlung des württembergischen Landesverbandes ein neuer Unterverband württembergischer Vorhauvereine hervorgegangen; ihm haben sich definitiv bereits 15 Vereine angeschlossen; die Delegirten einer großen Zahl anderer Vereine stellten den Anschlusse bestimmt in Aussicht.

Von der württembergischen Staatsregierung muß anerkannt werden, daß sie von Anfang an bis heute der Genossenschaftsbewegung ein lebhaftes Interesse zugewendet und, ohne sich irgend wie in bureaukratischer Weise einzumischen, allezeit thätig war. Zeugnis dafür giebt eine heute zur Vertheilung gelangte, dem Vereinstage gewidmete Denkschrift über die Vorhau- und Creditvereine im Königreich Württemberg, „im Auftrage des Königl. Ministeriums des Innern verfaßt vom Regierungs-Rath Gärtner, Mitglied der königlichen Centralstelle für Gewerbe und Handel.“

Diese kleine Schrift bringt eine geschichtliche Darstellung der württembergischen Vorhauvereine und sodann in Uebereinstimmung mit den statistischen Tabellen in Schulze's Jahresberichten die Rechnungsergebnisse von sämtlichen 107 Vereinen für das Jahr 1878. Dieselben hatten 44,037 Mitglieder und gewährten bei 18,649,129 Mark eigenem Vermögen auf festes Ziel 50,376,721 M. Vorhau, während die Ausgabe im Contocorrentverkehre 61,172,043 M. betrug.

Von großem Interesse sind die Mittheilungen der Schrift über eine eingehende Enquete, die im Auftrag des Ministeriums des Innern von der Centralstelle für Gewerbe und Handel über die Geschäftsführung der Vorhauvereine veranstaltet und am 20. März 1878 in einem Gutachten des Gesamtcollegiums ihren Abschluß gefunden hat. Aus den durchweg sachgemäßen Rathschlägen, welche die Centralstelle den Vereinen ertheilt, geht unter Andern hervor, daß nach den Statuten vieler Vereine, entgegen den Rathschlägen Schulze's und der allgemeinen Vereinstage, bei der Zeichnung durch den Vorstand in rechtsverbindlicher Form die Unterschrift eines einzelnen Vorstandsmitglieds für genügend erklärt ist und in den Generalversammlungen die Vertretung der Abwesenden durch andere Mitglieder zugelassen wird.

Ottweiler, 24. August. [Begnadigung.] Der clericalen „Deutsch. Reichstg.“ wird geschrieben: „Pastor Ferres von Scheuren, welcher im verfloffenen Frühjahr in der Appell Instanz wegen Vergehens gegen den Kanzel-Paragraphe zu 14 Tagen Festungshaft verurtheilt war, erhielt die erfreuliche Mittheilung, daß ihm im Gnadenwege dieselbe erlassen und die Unkosten des Processes geschenkt seien. Ob der Genannte sich um Befreiung von Strafe und Unkosten verwandt hat, kann ich nicht sagen, glaube vielmehr, daß ohne sein Zutun, vielleicht auf Verwendung anderer, die Sache auf gedachte Art erledigt wurde.“

## Frankreich.

Paris, 24. August. [Die Generalräthe. — Die Rede Waddington's und die Regierung. — Wiederholter Scandal im Palais Royal. — Unfug in den Straßen von Paris. — Bonapartistisches. — Die Legitimisten. — Waddington.] Die Generalräthe sind nun seit einer Woche bei der Arbeit, aber es läßt sich bisher nichts Entscheidendes über ihre Verhandlungen mittheilen, nichts wenigstens in Bezug auf den Punkt, welcher allein das allgemeine Interesse erregt: die Campagne für und wider die Ferry'schen Unterrichtsgesetze. Die Woche war in politischer Beziehung sehr dürftig. Seit drei Tagen commentiren die Journale die Rede des Conseilpräsidenten Waddington und sie haben soviel aus derselben heraus und in sie hineingelesen, daß man nicht mehr weiß, was sie ursprünglich gesagt. Heute tritt die „République Française“ in ihrem Leitartikel noch einmal den Beweis dafür an, daß allen ärgerlichen Auslegungen dieser Rede zum Trost und ungeachtet der höflichen Manier, in welcher der Conseilpräsident von dem Gegnern jener Gesetze gesprochen, die Regierung gleichwohl fest an dem Artikel 7, welcher den Clericalen und Jules Simon so sehr mißfällt, festhalten müsse und werde. Gerade weil Waddington so höflich gesprochen, meint die „République“, daß die Clericalen einen Augenblick sich der Hoffnung hingeben konnten, die Regierung werde ihnen Zugeständnisse machen, muß das Ministerium mit großer Entschlossenheit auftreten. „Von welcher Seite auch die Opposition kommen mag, die Regierung hat dafür zu sorgen, daß das Gesetz im Senat wie in der Kammer durchgeht und Alles wird in der Ordnung sein.“ — Im Palais Royal hat die leidige Marcellaise gestern Abend abermals Unfug gestiftet. Es hatte sich viel Publikum zu dem Concert im Garten eingefunden und ein Theil der Anwesenden ließ von vorn herein die Absicht merken, sich durch einen kleinen Spectakel die Zeit zu vertreiben. Vermuthlich hatte man so etwas geahnt, denn die Musik blieb aus. Als es klar war, daß kein Concert stattfinden werde, bildete sich eine Truppe, welche im Garten mit großem Lärm die Marcellaise absang, indem sie dieselbe mit Bruchstücken beliebiger Gassenhauer vermischte. Die Polizei schloß die Gitter der Galerien, die Juwelenhändler schlossen ihre Käden, als zum Glück ein starker Platzregen die Menge im Garten auseinander trieb. Wohl oder übel wird man etwas thun müssen, um die Wiederholung solcher Scenen zu verhüten. Es wäre überhaupt kein Uebel, wenn die republikanischen Behörden ein wenig strenger das Straßentreiben in Paris überwachten. Seit längerer Zeit schon haben einige Stadtviertel zu gewissen Stunden des Tages ein ganz unheimliches Aussehen und man begegnet dort auf Schritt und Tritt den verdächtigsten Gestalten.



Die liebe Jugend insbesondere gefallt sich in einer Zwangslosigkeit, die man anderswo nicht dulden würde. Jedenfalls hatten die Republikaner selbst das größte Interesse daran, zu verhindern, daß man ihre ganze Partei für einen Standal verantwortlich machen könne, wie er letzter Tage in der Umgegend des Bayer Bahnhofes vorgekommen, wofelbst ein Haufe von Straßenjungen zwei vorübergehende Priester insultirte. Die Gegner der Republik verfehlen selbstverständlich nicht, diesen Vorfall auszubenten, indem sie ihn nach Kräften übertreiben. — Die Bonapartisten überlassen sich wieder ihren Familienstreitigkeiten, an denen die öffentliche Meinung wenig Interesse mehr nimmt. Der Redacteur des „Petit Caporal“, Jules Amigues, hat gestern in einem endlosen Manifest dem Prinzen Jerome neuerdings zu Gemüthe geführt, daß es seine Pflicht und Schuldigkeit sei, zu Gunsten seines Sohnes Victor abzudanken. Leider macht Jerome keine Miene, auf diesen Rath zu hören. Auf der andern Seite enthält ein bonapartistisches Provinzialblatt in einem Artikel, der vom „Odre“ nachgedruckt worden, daß der Prinz Jerome seinen Plan habe, um das Kaiserreich wieder herzustellen. Womit derselbe befehlt, sagt freilich dieses Blatt nicht. Es begnügt sich mit allerlei mysteriösen Andeutungen. Um einige Abwechslung in das Einerlei der Tagespolitik zu bringen, erzählt man, wie gewöhnlich in dieser Jahreszeit, daß der Graf Chambord incognito nach Frankreich gekommen sei. Die „Patrie“, welche der Welt diese Erzählung macht, fügt hinzu, die Freunde des Grafen von Chambord seien übereingekommen, für jetzt auf alle gewaltthätigen Unternehmungen zu verzichten und nur von der Vorsehung die Mittel zur Wiederherstellung der Monarchie zu erwarten. Man muß eine so verständige Absicht nach Gebühr anerkennen. Der Conseilpräsident Waddington ist gestern wieder nach Laon abgereist, nachdem er im Laufe des Nachmittags eine Unterredung mit Herrn Borescu gehabt.

Paris, 24. August. [Ueber die Verhöhnung einiger Geistlicher auf dem Bastillenplatz] schreibt man der „R. Z.“: Die antirepublikanischen Blätter erheben seit gestern ein furchtbares Geschrei, weil man auf dem Bastillenplatz zwei Priester, den Pfarrer von Corbeil und seinen Caplan, die sich auf die Eisenbahn begeben wollten, verhöhnte und bedrohte. Wie aus der polizeilichen Untersuchung hervorgeht, verhält sich die Sache einfach folgendermaßen: Die beiden Priester hatten des Guten etwas zu viel gekostet und erregten, als sie durch die Rue Keller wandten, die Aufmerksamkeit der Straßenjugend. Ein kleiner Bengel von 9 Jahren, der ein schallendes Gelächter erhob, erregte den Zorn der beiden Geistlichen. Der eine derselben ergriff ihn und wollte ihn zwingen, niederzuknien und Abbitte zu thun. Derselbe widersetzte sich, selbst als ihm von den Geistlichen 2 Sous nebst einer Medaille des „Sacré coeur“ angeboten wurde. Das Schreien des Jungen hatte eine Anzahl Neugieriger angelockt, und diese ergriffen Partei für den Jungen und stießen Drohworte aus. Sehr schlimm war die Menge indeß nicht, da der Pfarrer sich in ein Haus flüchtete und der Caplan, den ein vorbeikommender Soldat am Arm ergriffen, seinen Weg ruhig fortsetzen konnte. Gleich darauf erschienen zwölf Polizeibeamte, welche die beiden Geistlichen in ihre Mitte nahmen und sie nach dem Eisenbahnhofe geleiteten. Dies der amtlich festgestellte Sachverhalt. Seit langen Jahren war es das erste Mal, daß so etwas in Paris vorkam. Unter dem ersten Kaiserthum, der Restauration und dem Juli-Königthum, wo das Concordat und die organischen Gesetze streng aufrecht erhalten wurden, durfte sich kein Priester oder Mönch in seinem offiziellen Costüm auf der Straße zeigen. Diese Maßregel war damals vom Besten der Geistlichkeit angeordnet worden, da dieselbe äußerst verfaßt war und man Conflite vermeiden wollte. Erst unter der zweiten Republik und dann unter dem Kaiserreich war es den Geistlichen und Mönchen gestattet, ihre Amtstracht auf der Straße zu tragen. Der Vorfall auf dem Bastillenplatz hat jedoch der Regierung Bedenken eingegeben und es darf nicht überraschen, wenn den Geistlichen und Mönchen wieder das Tragen der Amtstracht auf den Straßen verboten wird.

### Großbritannien.

A. C. London, 23. August. [Der Krieg in Südafrika.] Das Kriegsministerium hat nachstehendes Telegramm vom General Sir Garnet Wolseley erhalten:

Camp Umfinga-Natal, 2. August. Keine Veränderung in der Lage seit letztem Telegramm. Cetewayo befindet sich laut Verichten noch immer im Kraal am nördlichen Ufer des Schwarzen Umboloi im Ngome-Wald mit einigen wenigen Häuflingen und geringem Anhang. Fünf Tausend Swapis sind zum Angriff gegen ihn bereit; werde dieselbe wahrscheinlich auf 10,000 vermehren, ehe ich den Pongo-Fluß überschreite. Billiers ermarit Truppen — Burgbors, Transvaaler eingeborene Ueberhebungen und Obamas Zulus, welche am 6. d. in Lüneburg concentrirt werden. Ich werde heute bei Korkes Drift eintreffen auf meinem Wege, um mich mit Clarke's Colonne in Eutonjaneni zu vereinigen. Clarke's Colonne ist vollkommen stark genug, um jedem Angriff widerstehen zu können, dessen die gebrochene Zukunftszeit jetzt noch fähig wäre. Billiers und Mr. Seab werden Muffels Front säubern und sollten entweder Cetewayo gefangen nehmen oder denselben Clarke in die Arme treiben. Runkel unterstützt dieselben. Mehrere Häuflinge an der Grenze von Natal haben den Wunsch ausgesprochen, sich zu unterwerfen und werden am 5. d. die Waffen niederlegen und das Vieh des Königs ausliefern.

Dem „Standard“ wird aus Pietermaritzburg unterm 5. Mts. gemeldet:

Es werden Vorkehrungen getroffen, um Cetewayo zu umzingeln. Der Zukunftszeit hat noch keine directen Friedensanerbietungen gemacht, aber er hat dem in St. Pauls stationirten Obersten Grealad mittheilen lassen, er wolle sich unter billigen Bedingungen unterwerfen, sich indeß auf keine Unterhandlungen einlassen, falls auf seine Absehung bestanden würde. Es ist unmöglich, genaue Information über die Streitmacht, die Cetewayo noch zur Verfügung steht, zu erhalten. Gegenwärtig soll er nur einen kleinen Anhang um sich haben, aber es ist möglich, daß die bei Ulundi gestreuten Zulus sich wieder mit dem Könige vereinigen, im Falle wir vorrücken.

Aus der Capstadt liegen bis zum 5. d. reichende Berichte vor. Darnach haben sich die Zulu-Häuflinge Mabhava und Anderemungsi ergeben, in Folge dessen in dem District zwischen Landsmansdrift und Krantop die Ruhe wieder eingekehrt ist. Aufseherungen sind in Pondoland ausgebrochen. Difo, ein untergeordneter Pondo-Häufling, rückte am 29. Juli mit ca. 500 Mann vor, um die unter britischem Protectorat stehenden Kessels anzugreifen. Eine nicht ganz 150 Mann starke Patrouille von Colonialtruppen und freundlichen Eingeborenen mußte sich vor Difo zurückziehen, der sämtliche Kraals der Kessels verbrannte. Die Colonial-Streitkräfte rückten zum Schutze der Kessels heran mit der Weisung, sich auf der Defensiven zu halten. Mittlerweile ist Umgintela, der Pondohäuptling, aufgefordert worden, Erklärungen für sein Verhalten abzugeben.

Ein Telegramm aus Prätoria vom 1. August meldet, Oberst Ranyon hätte den General Wolseley überzeugt, daß der Feldzug gegen Secoceni mit Energie erneuert werden müsse.

Aus Transvaal wird aus angeblich zuverlässiger Quelle gemeldet, daß die Boers entschlossen sind zu kämpfen, falls ihre Unabhängigkeit nicht wieder hergestellt wird.

[Carey.] Die Mittheilungen der „Times“ über Lieutenant Carey haben volle Bestätigung gefunden. Carey befindet sich seit gestern auf freiem Fuße. Nach der Ankunft der „Summa“ in Portsmouth wurde Lieutenant Carey dem Prinzen Guard von Sachsen-Weimar vorgeführt, der ihm eröffnete, daß die Königin auf Anrathen des Herzogs von Cambridge das Urtheil des Kriegsgerichts cassirt habe, weil die wider ihn erhobenen Anklagen nicht durch die Beweisaufnahme aufrecht erhalten werden konnten. Es wurde ihm sodann sein Degen zurück-erstattet. Dem 88. zurück. In militärischen Kreisen hat die Freisprechung Carey's große Befriedigung hervorgerufen.

## Bulgarien.

P. C. Sofia, 12. Aug. [Heeres-Organisation.] Kriegsminister Parnozoff hat ein Organisations-Statut für die bulgarische Wehrkraft ausgearbeitet und dem Ministerrathe zur Berathung unterbreitet. Dasselbe beruht auf den folgenden Grundprincipien: Jeder bulgarische Bürger ist verpflichtet, vier Jahre in dem activen Heere und sechs Jahre in der Reserve zu dienen. Nach zurückgelegter zehnjähriger Dienstzeit wird er in die Landwehr (Oplischenje) eingereiht. Jeder wehrfähige Bulgare im Alter zwischen 30 und 40 Jahren ist Landwehrmann und muß jährlich während 14 Tagen an den Waffenübungen theilnehmen. Die Reservisten werden alljährlich zu sechs wöchentlichen Lagerübungen herangezogen. Der normale Friedensstand wird aus 12,600 Mann Infanterie, 5 Bataillonen Cavallerie, 1000 Artilleristen, einem halben Bataillon (250 Mann) Sappeure und einer Compagnie Pionniere bestehen. Die Nicht-Combattanten hinzugegerechnet, wird die Armee des Fürstenthums Bulgarien auf Friedensfuß im Ganzen 16,120 Mann zählen. Die Artillerie wird aus 6 Feld-Batterien zu 8, 4 Gebirgs-Batterien zu 6 und 2 reitenden Batterien zu 4 Geschützen bestehen. Der Friedensstand einer Drujina wird 600 Combattanten betragen. Die Erhaltung dieses Heeres wird dem Staate jährlich 8,682,839 Francs kosten oder ungefähr zwei Fünftel des gesammten Einnahme-Budgets in Anspruch nehmen. Indessen dürfte diese Ziffer schon im Jahre 1880 eine bedeutende Reduction erfahren, da mit dem nächsten Budgetjahre eine Herabsetzung sämtlicher Offiziersgehälter eintreten dürfte. Die vom Fürsten Donducoff systemisirten Gagen können thatsächlich um mehr als die Hälfte reducirt werden, ohne die Offiziere in schwierige materielle Verhältnisse zu bringen.

### Provincial-Beitrag.

\* Breslau, 26. August. [Breslauer Centrums-Verein.] Der „Katholische Volks-Verein“ hat in einer gestern Abend abgehaltenen allgemeinen Versammlung der vom Vorstande beschlossenen Aenderung des Namens und der Statuten zugestimmt. Der „Katholische Volks-Verein“ wird sich mithin von nun ab „Verein der Centrumpartei“ nennen.

— d. [VII. Delegirten-Versammlung des Allgemeinen deutschen Musiker-Verbandes.] Die erste Sitzung im kleinen Saale des Zeltgartens eröffnete heute Vormittag, 9½ Uhr, der Präsident des Verbandes, Herr Thadewaldt. Nach Festlegung der Präsenzliste waren folgende Vertreter anwesend: Fr. Ebeling-Magdeburg, Max Schnöll-München, Kärbs-Hannover, Lüders-Hamburg, Hartmann-Leipzig, Belmann-Dresden, Sigmann, Lippendahl, Stühr und Philipp aus Berlin, Halm-Königsberg, Wechsler, Vogel und Lauterbach aus Breslau, außerdem der stellvertretende Präsident, Musikdirector Deppa-Berlin und die stellvertretenden Mitglieder des Aufsichtsraths Bading und Kiez aus Berlin. Nach dem Bericht des Vorstandes, Herrn Kopsch-Berlin, stellten sich die Kassenerhältnisse der Verbandskasse in folgender Weise: Einnahme und Ausgabe balancirt mit 17030,10 Mark (unter der Einnahme figurirt die Hälfte des Ueberschusses der „Deutschen Musikerzeitung“ mit 5000 M.), das Baarvermögen betrug am 30. Juni c. 21078,75 M. An Unterstufungen wurden 2674,75 M. in 40 verschiedenen Fällen an bedürftige Verbandsmitglieder resp. deren Angehörige seitens des Präsidiums bewilligt. In zwölf Fällen waren es die Wittwen Verstorbener, die durch den Tod ihres Ernährers in Noth gerathen waren. Drei Mitglieder, die durch Alter und Gebrechlichkeit vollständig erwerbsunfähig geworden sind, erhalten eine laufende monatliche Unterstützung von fünf und zehn Mark. Trotz dieser Ansprüche hat die Kasse einen Zuwachs von 7506,90 M. zu verzeichnen. Neue Localvereine haben sich seit der letzten Delegirten-Versammlung gebildet in Wülthausen in Thüringen und in Gladbach. Aufgelöst haben sich die Vereine zu Hof, Heilbronn und Elbing, doch sind die Mitglieder derselben zum größten Theil als Einzelmitglieder beim Verbandsverband geblieben. Der Verband verlor im vergangenen Jahre 663 Mitglieder und zwar durch Tod 90, durch Ausschluss und Ausscheiden 573. Dagegen traten dem Verbandsverband neu bei 488. Die Mitgliederzahl, welche am 30. Juni 1878 6809 betrug, hat sich durch diesen Zu- und Abgang auf 6634 festgestellt, wovon 5348 den 89 Localvereinen und 1286 dem Verbandsverband als Einzelmitglieder angehören. — Hr. Frieze-Berlin berichtet sodann über die „Deutsche Musiker-Zeitung“, woraus hervorgeht, daß genannte Zeitung im vergangenen Jahre einen Ueberschuss von 10,000 M. gebracht hat. Die Einnahmen und Ausgaben der Kasse des Central-Stellen-Vermittlungs-Bureaus balanciren, wie der Referent, Herr Frieze, mittheilt, in Höhe von 1141,43 M. Die Meldungen zu Stellen übertrafen die Nachfrage um das Vierfache, da namentlich die Theater-Directoren sich ungern des Bureaus bedienen. Die Engagements, welche vermittelt wurden, erstrecken sich zumeist auf Vademecellen und größere Concert-Orchester. Der moralische Erfolg des Bureaus bestehe lediglich darin, daß die engagirten Musiker stets das erhielten, was ihnen in den Contracien zugesichert war. — Ein Antrag des Localvereins Hannover: durchweg namentliche Abstimmung auf den Delegirten-Vorstellungen einzuführen, wurde nach kurzer Debatte abgelehnt. — Vom Präsidium wird der Antrag gestellt, einen Verbandsverlag zu errichten. Diese Einrichtung soll den Zweck haben, den Mitgliedern des Verbandes Gelegenheit zu geben, auf einfache und bequeme Weise ihre Compositionen durch den Druck zu veröffentlichen und den möglichst höchsten Gewinn daraus zu erzielen; ferner dem Verbandsverband ein allgemeines, auch das geistige Gebiet umfassendes musikalisches Interesse nach außen zu verleihen. Dies soll dadurch erreicht werden, daß 1) eine bereits bestehende oder neu zu gründende Musikhandlung beauftragt wird, gegen mäßige Provision den Commissionsvertrieb der im Verbandsverlage erscheinenden Werke zu übernehmen, wie überhaupt den gesammten geschäftlichen Theil zu erledigen; 2) mit einer Notendruckerei ein Abkommen getroffen wird, die Arbeiten für den denkbar mäßigsten Preis herzustellen; 3) die Regelung der Tantiemenfrage für die Auführungen aller eintreten Werke herbeigeführt wird; 4) Concurrenzen für Preis-Compositionen ausgeschrieben werden und 5) ein Verbands-Verlags-Fonds gegründet wird behufs Honorirung und Eoblung preisgekrönter Werke. Der Präsident, Herr Thadewaldt, begründet und befürwortet den Antrag aufs Wärmste. Herr Belmann-Dresden spricht gegen den Antrag, weil er nicht zu den Zwecken des Verbandes gehöre. Es würden Manche veranlaßt werden, ihr Geld in ein immerhin zweifelhaftes Unternehmen zu stecken, wofür Niemand die geringste Garantie geben könne. Redner befürwortet die Annahme eines Antrages des Localvereins Dresden, der dahingehet, jährlich aus der Verbandskasse eine bestimmte Summe zu bewilligen, welche zur Prämirung von Preis-Compositionen verwendet werden soll. Herr Lauterbach-Breslau widerlegt die Ausführungen des Vorredners und plaidirt mit großer Wärme für den Antrag des Präsidiums. Auch der Vertreter für Königsberg, Herr Sahn, tritt für den Antrag des Präsidiums ein. Sigmann-Berlin spricht sich als praktischer Musiker gegen den Antrag aus. Der Verband sei gegründet, um dem praktischen Musiker zu helfen. Die Conzertanten und Componisten hätten sich bislang dem Verbandsverband fern gehalten; mögen sie auch sich selbst helfen. Herr Hartmann-Leipzig ist für die Gründung eines Musik-Verlages, vorausgesetzt daß die eingesandten Compositionen einer Prüfung unterworfen werden. Herr Stühr-Berlin meint, so lange das Ziel noch nicht erreicht, daß sich der Verband gestet hat, möge der Antrag des Präsidiums abgelehnt werden. Herr Ebeling-Magdeburg theilt mit, daß der Antrag des Präsidiums unter den Componisten große Freude erregt habe. Herr Sahn-Königsberg fährt aus, daß der Verband die Verpflichtung habe, auch den Conzertanten und Componisten, welche Mitglieder des Verbandes seien, gerecht zu werden und zwar dadurch, daß der Antrag des Präsidiums angenommen werde. Dabei dürften allerdings dem Verbandsverband keine Kosten erwachsen. Ebenso plaidirt Herr Schnöll-München für den Antrag, der in den musikatischen Kreisen Münchens, namentlich auch in Kreisen, die noch nicht dem Verbandsverband angehören, die beste Aufnahme gefunden habe. Er (Redner) habe vom Münchener Localverein den Auftrag, für den Antrag zu sprechen und zu stimmen. Herr Lauterbach-Breslau macht nochmals auf die materiellen Vortheile aufmerksam, die dem Verbandsverband durch die Gründung eines Musik-Verlages erwachsen. Herr Lüders-Hamburg kann den Antrag nur unterstützen, wenn der Verbandsverband ein Vortheil erwachse; auch nur bei den geringsten Kosten seitens des Verbandes müsse er gegen den Antrag sprechen. Herr Kärbs-Hannover betont, daß es in erster Linie Aufgabe des Verbandes sein müsse, die geistigen Interessen zu pflegen und aus diesem Grunde möge die Versammlung den Antrag annehmen. Herr Vogel-Breslau plaidirt gleichfalls für den Antrag. Bei der Abstimmung werden 13 Stimmen für und 21 Stimmen gegen

den Antrag abgegeben. Der Antrag ist somit abgelehnt. — Hierauf wurde der Gegenantrag Dresden: eine bestimmte Summe zu bewilligen, welche zur Prämirung von Preis-Compositionen verwendet werden soll, nach kurzer Debatte gleichfalls abgelehnt. — Zur Verhandlung kommt hierauf folgender Antrag des Vereins Berliner Musiker: „Die Delegirten-Versammlung möge beschließen, an den deutschen Reichstag und das preussische Abgeordnetenhaus eine Petition abzugeben, in welcher die hohen Häuser ersucht werden, bei der Regierung dahin zu wirken, daß den Beamten das Musikmachen gegen Honorar verboten wird.“ Gegen diesen Antrag sind Proteste eingegangen von Berliner Musikern, von den Beamten-Musikern in Breslau und in Magdeburg. Herr Sigmann-Berlin begründet den Antrag durch den Hinweis auf die unwürdige Concurrenz, welche von den Beamten-Musikern den Berufsmusikern dadurch bereitet werde, daß sie um jeden Preis Musik machen. Derselben seien dies auch im Stande, weil sie ihren festen Gehalt haben und den Ertrag des Musikmachens als eine angenehme Nebeneinnahme betrachten. Herr Kärbs-Magdeburg fährt aus, daß die Beamten-Musiker in den Verband aufgenommen und zu allen Laiten herangezogen worden seien. Der Verband habe in Folge dessen die Verpflichtung, denselben seinen Schutz im vollen Umfange zu gewährleisten oder dieselben vom Verbandsverband auszuschließen. Man möge ehrlich gegen die Beamten-Musiker handeln. Herr Lauterbach-Breslau stellt in diesem Antrage eine große Ungerechtigkeit gegen die Beamten-Musiker, welche seit 10 Jahren ihre Beiträge zahlen müssen. Nach weiterer Debatte werden die Verhandlungen vertagt. Ueber den vorliegenden Antrag wird in der nächsten Sitzung (Donnerstag) in erster Reihe verhandelt und beschloffen werden. — Heute Nachmittag findet eine Rundfahrt der Delegirten durch die Stadt nach dem Scheiniger Park und dem Zoologischen Garten statt. Abends wird der Pariser Garten, der Schweidnitzer Keller und die Künstlerkneipe bei Seilmann besucht. — Morgen (Mittwoch) Abend wird von der Theater-Capelle in dem Stablisement von P. Scholz auf der Margarethenstraße ein Sinfonie-Concert zu Ehren der 7. Delegirten-Versammlung des Allgemeinen deutschen Musiker-Verbandes veranstaltet werden.

B. [Gründung einer allgemeinen Fabrikarbeiter-Kranken- und Begräbnis-(Zwangs-)Kasse in Breslau.] Auf Grund des § 11 der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853, des § 142 der Gewerbe-Ordnung vom 21. Juni 1869 und des Gesetzes, betreffend die Abänderung des Titels VIII der Gewerbe-Ordnung, bezw. des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen vom 8. April 1876 hat der hiesige Magistrat ein „Ortsstatut für die Stadt Breslau, betreffend die gewerblichen Hilfskassen“ angefertigt, welches nach Vornahme einiger Abänderungen unterm 7. Februar 1879 Seitens des Provinzialraths der Provinz Schlesien genehmigt wurde und seit dem 22. Februar c. nach vorgchriftsmäßiger Bekanntmachung Gesetzeskraft besitzt. Alle früher gültigen Bestimmungen, insbesondere das Ortsstatut vom 11ten Juni, bezw. 18. August 1855 sind durch das neue Statut aufgehoben.

Nach dem Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen haben sich sämtliche bisher bestehende Kranken- und Begräbniskassen bis spätestens dem 31. December 1884 unter das Gesetz zu stellen, widrigenfalls sie vom gedachten Zeitpunkt ab ihrer corporativen und gesetzlichen Rechte verlustig gehen. Diese Bestimmung betrifft unzweifelhaft sowohl die Gesellen-(Zwangs-)Kassen, als auch die Fabrik-(Zwangs-)Kassen und endlich alle freien Krankenunterstützungskassen, selbst wenn Letztere früher die Genehmigung der königlichen Regierung erhalten haben. Einzelne (Zwangs-)Gesellenkassen, z. B. die Buchbinder, sind schon damit vorgegangen, ihre Statuten dem Gesetz anzupassen, andere Gewerke, welche bisher einer auf Grund des früheren Ortsstatuts gebildeten Kasse entbehrten, z. B. die Maurer, haben Seitens des Magistrats die Aufforderung erhalten, unverzüglich mit Gründung einer Maurer-Gesellen-(Zwangs-)Kasse vorzugehen. Die Maurer-Gesellen befaßen bis vor etwa 7 Jahren eine wohl an 600 Mitglieder zählende Kasse; dieselbe konnte aber wegen mangelnder Reserven und bei einer ausnehmend großen Zahl Kranker während des Winterhalbjahrs ihren Verpflichtungen nicht mehr genügen, weshalb löste sich der Verband auf. Dagegen stellten die älteren, sogenannten Junits-Gesellen, eine freie Unterstützungskasse aufrecht, ohne indeß die gesetzliche Genehmigung für das Statut derselben nachzusuchen. Vor einigen Monaten ist diese Kasse politisch geschlossen, den Mitgliedern, bezw. dem Vorstande die Einzahlung der Beiträge und Abhalten von Versammlungen bei hoher Strafe verboten, und endlich auch die weitere Auszahlung von Kranken- und Begräbnisgeldern inhibirt worden. In gleicher Weise ergiebt es auch der vor etwa 8 Jahren gegründeten Maler- und Radierer-Arbeiterkasse. Differenzen innerhalb des Mitgliederkreises führten zur Einmischung der Polizeibehörde, welche den Kassenbestand unter Censur stellte und jeden weiteren Geschäftsbetrieb unterlagte. Uebrigens ist es wohl auch anderen hier ohne die gesetzliche Genehmigung bestehenden Krankenkassen ergangen. Die Mitglieder sind, bloß weil sie in blindem Vertrauen ohne Beachtung der gesetzlichen Vorschriften zahlten, ihres Unterstützungsrechts mindestens bis auf Weiteres verlustig. — In Ausführung des Socialistengesetzes wurde der Gewerbeverein der Gold- und Silberarbeiter geschlossen. Um den polizeilichen Maßnahmen zu entgehen, löste sich der hier bestehende Ortsverein der Gold- und Silberarbeiter — ein Theil jenes Verbandes — freiwillig auf. Die von den Mitgliedern des Vereins gegründete und sich ganz gut rentirende (locale) Krankenkasse mußte gleichzeitig aufgelöst werden, weil auch sie ohne staatliche Genehmigung bestand. Die Mitglieder theilten den aus ca. 1700 Mark bestehenden Kassenfonds und sind nun selbstverständlich jedes Unterstützungsrechts verlustig. — Außer diesen angeführten Fällen giebt es eine ausnehmend große Zahl von unvericherten Arbeitnehmern, entweder weil diese keine Beiträge zu ihrer Gewerkskassen zahlen wollen, oder aber, weil es an einer Kasse fehlt, zu welcher sie zugehören könnten.

Von dem Grundsatz ausgehend, daß es nach dem Wortlaut des Hilfskassengesetzes von Anbeginn des Jahres 1885 ab keinen gewerblichen Arbeiter mehr geben soll, der nicht mit einem Minimal-Krankengelde von 4 Mark 50 Pf. pro Woche versichert sei, beabsichtigt der Magistrat, gestützt auf das oben erwähnte Ortsstatut, eine allgemeine Fabrikarbeiter-Kranken- und Begräbnis-(Zwangs-)Kasse zu errichten, zu welcher die betreffenden Arbeitgeber 50 pCt. der Beiträge ihrer Arbeiter zu zahlen haben würden. Vorläufig werden an sämtliche Fabrikanten und Gewerbetreibende, welche Arbeiter verschiedener Kategorien beschäftigen, für ihre Stablisementen aber bisher keine Unterstützungskasse errichtet, Schreiben folgenden Inhalts gerandt: „Nach § 1 des beilegenden Ortsstatut für die Stadt Breslau — betr. die gewerblichen Hilfskassen — vom 7. Febr. 1879 sollen im Stadtbezirk Breslau — insoweit die bereits bestehenden Hilfskassen zur Unterstützung von Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeitern nicht ausreichen, neue derartige Kassen nach Maßgabe des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen vom 7. April 1876 und unter der im Artikel 1 des Gesetzes vom 8. April 1876 (neuer § 141 der Gewerbeordnung) angeordneten Mitwirkung des Magistrats gebildet werden. Demzufolge fordern wir Sie zunächst auf, uns binnen 8 Tagen ein namentliches Verzeichniß sämtlicher von Ihnen zur Zeit beschäftigten Gehilfen bezw. Arbeitern einzureichen und anzugeben, ob und event. welchen Kassen dieselben angehören.“

Gleichzeitig wollen Sie sich darüber erklären, ob im Falle mangelnder Lebensfähigkeit einer speciell für ihre Arbeiter zu gründenden Kasse der Anschluß an eine einzuführende allgemeine Fabrikarbeiterkasse gewünscht resp. ohne Weiteres acceptirt werden wird. Für den letzteren Fall sind uns zugleich 1 oder 2 Personen (Arbeitgeber beziehungsweise Arbeitnehmer) zu bezeichnen, welche bei der Ausarbeitung eines Statuts für die gemeinsame Kasse die Rechte ihrer Fabrik resp. ihrer Arbeiter vertreten würden. — Der Magistrat. Commissarius für gewerbliche Hilfskassen, Martz.“

Hoffentlich wird dieses Schreiben zunächst in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaften anregend wirken und endlich die Gleichgiltigkeit beseitigen, welche man bisher dem Hilfskassenwesen gegenüber beobachtete.

W= Kreuzburg, 25. August. [Zur Justizreorganisation. — Turnverein. — Sedanfest.] Die Aufstellung der Schöffen- und Geschworenenlisten für den hiesigen Kreis ist nunmehr vollendet worden und sind an den seitherigen Bagatell-Commissions-Richter Martini in Pilschen die Listen von Stadt Pilschen, Amtsbezirke Coslitz, Jachslowitz, Proschitz, Reinersdorf und Roschowitz, an den Kreis-Gerichtsrath Rumpoldt hier selbst alle Listen der übrigen Ortshaupten des Kreuzburger und aus dem neuen Amtsgerichte hier selbst hinzutretenden Ortshaupten des Rosenberger Kreises einzureichen. — Endlich sind nach langer Ungewißheit für die betreffenden Beamten nunmehr die Ernennungen beim hiesigen Amtsgericht bekannt geworden. Kankelrath Ardt und Executor Wahlwitz treten vorläufig in Ruhestand, Rentant Schwinger ist als Gerichtsschreiber an das Landgericht Gleiwitz, Actuar Montag als Gerichtsvollzieher ans Amtsgericht Pilschen versetzt worden, während die Secretäre Welzel, Wenewitz und Voigt als Gerichtsschreiber, Botenmeister Jüngendorf und Executor Oberwein als Gerichtsvollzieher unter Vorbehalt des nachzumachenden Examens hier selbst verbleiben. Neu tritt hier noch ein als Gerichtsschreiber der Rentant Körner aus Leobischütz. In Betreff der übrigen Subalternbeamten, resp. deren Verwendung, sowie Befehlung der hier verbleibenden Strafkammer für den Kreuzburg-Rosenberger Kreis ist noch nichts bekannt.



Der hiesige Männer-Turn-Verein feierte am 24. d. M. mit Umzug und Ausmarsch auf seinen außerhalb der Stadt belegenen Turnplatz sein 18. Jubiläum. Tausende von unglücklichen Witterung war daselbst nicht nur von Angehörigen und Gönnern der Turnvereins-Mitglieder, sondern auch von Schaulustigen zahlreich besucht und wurden unter musterhafter Leitung des Turnwarts Wägeners Evolutionen aller Art ausgeführt, welche den großen Fleiß und Ausdauer bei den Vorbereitungen zeigten. Am Barren errangen die Turner Wägen, Menz und Spindler, beim Freikörperturnen (190 Meter) die Turner Meibius, Wägen und Spindler, beim Wettkampf Turner Georgi die ersten Preise. — Wie in vergangenen Jahren wird das Sedanfest auch am 2. September hier selbst als „deutsches Nationalfest“ nach einem von einem Fest-Comité festgelegten Programme durch Festgottesdienste in den Kirchen und der Synagoge, Schulfestlichkeiten im Seminar, Gymnasium und in den Elementarschulen und durch Festzug nach dem städtischen Schießhausgarten und Sedanplatz unter Beteiligung sämtlicher Behörden, Vereine und Corporationen gefeiert werden.

**a. Gletwiz, 25. August.** [Zur Sedanfeier. — Kriegerverein.] Landtagswahlen. Die Sedanfeier wird bei uns seitens der Vereine Kriegerverein, Liedertafel, Turnverein, freiwillige Feuerwehr gemeinsam begangen werden. Die genannten Vereine werden am gedachten Tage Mittags auf dem Ringe Aufstellung nehmen und von da aus nach dem Germania-Denkmal marschieren, allwo die Liedertafel patriotische Weisen singen wird. Um 3½ Nachmittags findet im Garten zur „Neuen Welt“ Concert von der Schölschen Capelle aus Reuthen statt, und um 7½ Uhr findet bei Kapfen-Reich der Nachmarsch nach dem Ringe statt, woselbst der erste Bürgermeister, Herr Kreidel, eine patriotische Ansprache halten dürfte. Ein darauffolgendes gemüthliches Beisammensein, resp. Kränzchen in Burda's Saal wird den nicht offiziellen Theil der Feier ausmachen. Die städtischen Behörden haben noch nichts an die Öffentlichkeit gelangen lassen, ob und wodurch sie die Feier des ruhmreichen Tages zu begeben gedenken. An die Local-Schul-Inspector, Schulvorstände und Lehrer des Kreises hat der Königl. Kreis-Schulinspector Marx die Aufforderung gerichtet, die Sedanfeier in herkömmlicher Weise stattfinden zu lassen. — Der gestrige General-Appell des Kriegervereins berief gleichfalls wegen des Sedantages, dessen Beschluß ihm mitgetheilt ist. Ferner wurde bei dem Appell angezeigt, daß die Sammlung zur Stiftung für Waisenfinder ehemaliger oberflächlicher Krieger die Summe von 214,02 Mark ergeben hat, welcher Betrag an die Breslauer Centralstelle unter gleichzeitiger Kenntnissgabe an den Grafen v. Oppersdorf zu Ober-Slogau, gelangt wurde. — Das Königl. Landrathsamt weist neuerdings die Guts- und Gemeindevorstände des Kreises an, die Urwählerlisten zur Neuwahl für das Haus der Abgeordneten nach erfolgter Auslegung bis zum 7. September, die Abtheilungslisten dagegen, nachdem die Auslegung nach vorhergegangener ordnungsmäßiger Bekanntmachung durch 3 Tage in dem Wahllocal stattgefunden hat, bis zum 17. September einzureichen. Der hiesige Kreis ist in 61 Wahlbezirke eingetheilt worden, die 330 Wahlmänner zu wählen haben. Hieron entfallen auf unsern Ort 56 Wahlmänner.

### Gefetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

**Verordnung, betreffend die Kompetenzconflicte zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden.**  
Vom 1. August 1879.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc., verordnen auf Grund des § 17 Absatz 2 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz, was folgt:  
§ 1. Die Entscheidung von Streitigkeiten über die Zulässigkeit des Rechtsweges erfolgt in den durch diese Verordnung bestimmten Fällen durch den Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzconflicte.  
§ 2. Der Gerichtshof besteht aus elf Mitgliedern, von denen sechs dem Ober-Landesgericht zu Berlin angehören müssen. Die anderen fünf Mitglieder müssen für den höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt befähigt sein. Zum Mitgliede kann nur ernannt werden, wer das fünfundsiebzigste Lebensjahr vollendet hat. — Die Mitglieder werden für die Dauer des zur Zeit ihrer Ernennung von ihnen bekleideten Amtes oder, falls sie zu dieser Zeit ein Amt nicht bekleiden, auf Lebenszeit ernannt. Eine Enthebung vom Amte kann nur unter denselben Voraussetzungen wie bei den Mitgliedern des Reichsgerichts stattfinden. — Der Vorsitzende und die übrigen Mitglieder werden vom Könige auf den Vorschlag des Staatsministeriums ernannt.

§ 3. Der Gerichtshof entscheidet in der Besetzung von sieben Mitgliedern. — Die Geschäftsordnung, insbesondere die Befugnisse des Vorsitzenden und die Reihenfolge, in welcher die Mitglieder an den einzelnen Sitzungen Theil zu nehmen haben, werden durch ein Regulativ geordnet, welches der Gerichtshof zu entwerfen und dem Staatsministerium zur Bestätigung einzureichen hat.

§ 4. Der Gerichtshof entscheidet, wenn die Verwaltungsbehörden den Rechtsweg in einem bei den Gerichten anhängigen bürgerlichen Rechtsstreite für unzulässig erachtet und deshalb der Kompetenzconflict erhoben wird. — Der Kompetenzconflict kann nicht erhoben werden, wenn die Zulässigkeit des Rechtsweges in der Sache durch rechtskräftiges Urtheil des Gerichts festgestellt ist.

§ 5. Zur Erhebung des Kompetenzconflicts ist nur die Central- und die Provinzial-Verwaltungsbehörde befugt. — Dieselben können den Kompetenzconflict auch dann erheben, wenn die Zuständigkeit zur Entscheidung der Sache für die Verwaltungsbehörde in Anspruch genommen wird. — Hat die Provinzialbehörde mehrere Abtheilungen, so steht die Erhebung des Kompetenzconflicts dem Plenum zu.

§ 6. Die Erhebung des Kompetenzconflicts erfolgt bei dem Gerichte, bei welchem die Sache anhängig ist, durch die schriftliche Erklärung der Verwaltungsbehörde, daß der Rechtsweg für unzulässig erachtet werde. — Der Erklärung soll eine Begründung beigelegt werden. — Wird die Erklärung bei einem Gerichte, bei welchem die Sache nicht anhängig ist, abgegeben, so hat dieses die Erklärung an das zuständige Gericht zu übersenden.

§ 7. Das Proceßverfahren wird durch die Erhebung des Kompetenzconflicts für die Dauer des denselben betreffenden Verfahrens unterbrochen (§ 226 der Civilproceßordnung). Durch die nach dem Schlusse einer mündlichen Verhandlung eintretende Unterbrechung wird auch die Verhandlung einer Entscheidung gehindert. — Das Gericht hat die Verwaltungsbehörde von dem Eingange der Erklärung und die Parteien von der Erhebung des Kompetenzconflicts von Amts wegen zu benachrichtigen. Den Parteien ist zugleich eine Abschrift der Erklärung zu übersenden.

§ 8. Ist die Sache bei einem Gerichte höherer Instanz anhängig, so sind die Proceßacten, unter Beifügung der Erklärung der Verwaltungsbehörde und der Zustellungsurkunden über die Benachrichtigung der Parteien, dem Gerichtsschreiber des Gerichts erster Instanz zurückzusenden.

§ 9. Innerhalb der Frist eines Monats, die mit der Zustellung der Benachrichtigung beginnt, können die Parteien bei dem Gerichte erster Instanz einen Schriftsatz über den Kompetenzconflict einreichen. — Der Schriftsatz muß von einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein. Dessenfalls Behörden, sowie Personen, welche zum Richteramt befähigt sind, können den Schriftsatz ohne Zuziehung eines Rechtsanwalts einreichen. — Das Gericht hat der Verwaltungsbehörde und der Gegenpartei den Schriftsatz in Abschrift mitzutheilen. Die erforderliche Zahl von Abschriften ist von der Partei einzureichen. — Sind innerhalb der Frist Schriftsätze nicht eingegangen, so hat das Gericht der Verwaltungsbehörde davon Anzeige zu machen.

§ 10. Nach Eingang der Schriftsätze der Parteien oder, wenn Schriftsätze nicht eingegangen sind, nach Ablauf der im § 9 bestimmten Frist sendet das Gericht die Acten mittelst gutachtlichen Berichts an das Ober-Landes-Gericht, welches ihn unter Beifügung seines Gutachtens dem Justiz-Minister überreicht. — Der Justiz-Minister sendet die Acten und die Gutachten der Gerichte an den Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzconflicte und legt dabei den betheiligten Verwaltungsbehörden in Kenntniss.

§ 11. Die Provinzial-Verwaltungsbehörden haben an den betheiligten Verwaltungsbehörden Anzeige von der Erhebung des Kompetenzconflicts zu ertheilen und unter Vorlegung der Erklärungen der Parteien gutachtlich zu berichten. — Der Verwaltungsbehörden kann dem Gerichtshof eine schriftliche Erklärung über den Kompetenzconflict mittheilen. — Er ist befugt, den Kompetenzconflict zurückzunehmen. In diesem Falle werden die Acten von dem Gerichtshof an den Justiz-Minister und von diesem an das Gericht, bei welchem die Sache anhängig war, zurückgeschickt. Das Gericht hat den Parteien die Zurücknahme des Kompetenzconflicts von Amts wegen anzuzeigen.

§ 12. Die Entscheidung des Gerichtshofes über den Kompetenzconflict erfolgt auf Grund mündlicher Verhandlung in öffentlicher Sitzung. Die Vorschriften der §§ 170 bis 185 des Gerichtsverfassungsgesetzes über Öffentlichkeit und Sitzungsprotokoll, sowie die Vorschriften der §§ 145 ff. der Civilproceß-Ordnung über die Aufnahme eines Protokolls finden entsprechende Anwendung.

§ 13. Der Termin zur mündlichen Verhandlung wird von dem Vor-

sitzenden dem Amtswege bestimmt. — Die Parteien sind zu dem Termin von Amts wegen zu laden. Das Erscheinen der Parteien oder eines Vertreters ist nicht erforderlich. — Die Parteien müssen sich, wenn sie in dem Termin verhandeln wollen, durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen. Diese Vorschrift findet auf öffentliche Behörden und auf Personen, welche zum Richteramt befähigt sind, keine Anwendung. — Die Bestimmung des Termins ist dem betheiligten Verwaltungsbehörden anzuzeigen. Derselbe kann einen Beamten mit seiner Vertretung beauftragen.

§ 14. In dem Termin zur mündlichen Verhandlung giebt ein von dem Vorsitzenden beauftragtes Mitglied des Gerichtshofes eine Darstellung der bisher stattgefundenen Verhandlungen. Sodann werden die Vertreter der Parteien und der von dem Verwaltungsbehörden abgeordnete Beamte gehört.

§ 15. Das Urtheil kann nur von denjenigen Mitgliedern gefällt werden, welche der dem Urtheil zu Grunde liegenden Verhandlung beigewohnt haben. — Die Verkündung des Urtheils erfolgt in dem Termin, in welchem die mündliche Verhandlung geschlossen wird, oder in einem sofort anzuberaumenden Termin, welcher nicht über eine Woche hinaus angelegt werden soll. — In dem Urtheil sind die Namen der Mitglieder, welche bei der Entscheidung mitgewirkt haben, anzugeben.

§ 16. Die Ausführungen der Urtheile sind von dem Vorsitzenden zu unterschreiben und mit dem Gerichtssiegel zu versehen.

§ 17. Eine Ausfertigung des Urtheils ist dem Verwaltungsbehörden, eine andere mit den gerichtlichen Acten dem Justizminister mitzutheilen. — Der Justizminister überreicht die Ausfertigung des Urtheils mit den Acten an das Gericht, bei welchem die Sache anhängig war. Das Gericht hat den Parteien das Urtheil von Amts wegen zustellen zu lassen.

§ 18. Ist der Rechtsweg für unzulässig erkannt, so werden Gerichts-kosten nicht erhoben und die bereits erhobenen zurückgezahlt; eine Erstattung der den Parteien erwachsenen Kosten findet nicht statt.

§ 19. Ist zur Zeit der Erhebung des Kompetenzconflicts ein in dem Rechtsstreit erlassenes Urtheil vorläufig vollstreckbar, so hat das Gericht, bei welchem die Sache anhängig ist, die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung von Amts wegen anzuordnen. Gegen diese Entscheidung findet kein Rechtsmittel statt. — Wird der Rechtsweg für zulässig erkannt oder der Kompetenzconflict zurückgenommen, so ist die Entscheidung von Amts wegen wieder aufzuheben.

§ 20. Das durch die Erhebung eines Kompetenzconflicts veranlaßte Verfahren ist gebühren- und stempelfrei. Baare Auslagen werden nicht in Anspruch gebracht. Eine Erstattung der den Parteien erwachsenen Kosten findet nicht statt.

§ 21. Haben in einer Sache einerseits die Gerichte und andererseits die Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsgerichte ihre Unzuständigkeit erklärt, so entscheidet der Gerichtshof über den Kompetenzconflict auf Antrag einer der der Sache betheiligten Partei. — Der Antrag ist bei dem Gerichte anzubringen, bei welchem die Sache in erster Instanz anhängig war. Der Antrag ist der Gegenpartei von Amts wegen zuzustellen. Diese kann innerhalb der Frist eines Monats einen Schriftsatz über den Kompetenzconflict einreichen. — Um Uebrigen finden die Vorschriften der §§ 9 bis 17, 20 dieses Gesetzes entsprechende Anwendung. — Der Gerichtshof hat in seinem Urtheile die demselben entgegenstehenden Entscheidungen aufzuheben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an die betreffende Instanz zu verweisen.

§ 22. Die Anwendung der Vorschriften dieser Verordnung gelten die Auseinandersetzungsbehörden als Verwaltungsbehörden.

§ 23. Auf die Erhebung der vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung anhängig gewordenen Kompetenzconflicte finden die bisherigen Bestimmungen über das Verfahren Anwendung.

§ 24. Diese Verordnung tritt gleichzeitig mit dem Gerichtsverfassungsgesetz in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchstehändigen Unterschrift und beigeschriebenem Königlichem Insigne.

Gegeben Bad Gastein, den 1. August 1879.  
(L. S.) Wilhelm.  
Graf zu Stolberg. Leonhardt. Graf zu Eulenburg. Vitter.  
von Puttkamer. Lucius.

### Handel, Industrie etc.

**Berlin, 26. August.** [Börse.] Die Bemannungen, unter denen das gestrige Geschäft zu leiden gehabt hatte, erwiesen sich nicht mehr mit gleicher Kraft wirksam, es hatte daher im Allgemeinen eine festerer Lendenz Platz gegriffen; indeß fehlte es auch dem heutigen Verkehr nicht an Momenten, die ihre starken Schatten werfen und einen Rückgang in den Notierungen der Hauptpapiere veranlassen; dieser Rückgang wäre entschieden nach prägnanter hervorgetreten, wenn sich nicht in der Liquidation vielfach ein Mangel an disponiblen Mitteln herausgestellt hätte. So wurden denn Bedungen nötig, die auf den Entwicklungsgang der Coursebewegung nicht ohne Einfluß blieben. Es bedangen in der Proclamation: Credit 40 Pf. Rep., Franzosen 40 bis 60 Pf. Rep., Lombarden 80 Pf. Rep., Commandit ¼-% Rep., Russische Noten 30 Pf. Rep., Orientanleihe 0,17½-% Rep., Ungar. Goldrente 0,17½-% Rep., neue Russen ¼-% Rep., Papierrente ¼-% Rep., Italiener ¼-% Rep. Von den internationalen Speculationspapieren waren österreichische Creditactien sehr matt. Heute hat nun endlich die officielle Publication der Semestralbilanz der österreichischen Creditanstalt stattgefunden, doch fand dieselbe von Seiten der Börse durchaus keine günstige Beurteilung. Der diesjährige erzielte Brutto-Gewinn übersteigt zwar den des Vorjahres um 931,787 fl., auch der Reingewinn weist gegen das Vorjahr ein Mehr von 782,508 fl. auf, doch zeigen die bekannt gegebenen Zahlen, daß diese Zunahmen keineswegs aus einer Vergrößerung des laufenden Geschäftes herfließen, denn die Provisionsen haben allein eine Verminderung um 73,880 Gld. erfahren. Der Reingewinn ist vom Effectenconto, dem diesmal leider auch der Gewinn aus den Consozialgeschäftchen zugeschrieben wurde, hergeleitet und unter Berücksichtigung der hierbei mitwirkenden Umstände wird ein Bruttogewinn von 1,010,958 Gld. eben nicht viel zu sagen haben. Auch der Gewinnanteil aus der Ungarischen Creditbank ist aus gleichen Gründen in diesem Jahre ein höherer als im vorangehenden. Daß die Abreibungen und Verluste denen des Vorjahres gegenüber sehr hoch angenommen worden sind, muß vorläufig überraschen und man wird zur Beurtheilung dieses Postens erst die Erläuterungen zur Bilanz abwarten müssen. Oesterreichische Creditactien erfreuen einen starken Rückgang und unterlagen mannigfachen Schwankungen. Franzosen und Lombarden verhielten sich ruhiger. Die Oesterreichischen Nebenbahnen waren fast durchgehend recht matt, nur Kaiserthum-Dorberger zeichneten sich durch Festigkeit aus. Galizier gedrückt. Die lokalen Speculationseffecten waren von der allgemeinen Mattigkeit weniger getroffen. Disconto-Commanditanteile ließen etwas nach. Lauracactien konnten sich besser behaupten. Auswärtige Staatsanleihen bewegten sich auf etwas niedrigerem Courstunde, waren aber nicht ganz vernachlässigt. Russ. Werthe eher fester. Russ. Noten schwach, per ult. 210¼-209¼-210¼-210, per Sept. 211-210-210¼-210 (Vorr. 213½). Preuß. und andere deutsche Staatsanleihen unverändert still. Von Eisenbahnpr. waren Werrab., Freiburger und Alsenbeler beliebt. Auf dem Eisenb.-Actienmarkt stagnirte der Verkehr fast gänzlich und ließen die Notierungen etwas nach. Per ult. notiren: Köln-Mindener 138,75-50-75, Rheinische 133,50-75-25-50, Bergische 92,20 bis 91,75-92. Anhalter und Stettiner behauptet. Potsdamer weichend. Halberstädter offerirt. Leichte Bahnen fast ganz geschäftslos. Banactien waren wenig fest und haben auch nur einen schwachen Verkehr aufzuweisen. Niedriger kamen zur Notiz Schlesischer Bankverein, Dresdener B., Berliner Kassenverein, Weimar. Bank, Darmstädter B., Deutsche Bank und Oester. Creditbank. Industriepapiere blieben meist geschäftslos. Tabakfabrik Kronberg war wiederum sehr begehrt und steigend. Hoffmann Wagenbau höher. Oberschles. Eisenbahnbedarf durch unlimitirte Verkaufsordres gedrückt. Montanwerthe ziemlich fest. Marienhütte Rokenau, Louise Tiefbau höher. Köln-Mindener, Pluto, Kölner Bergw., Mechernicher, König Wilhelm und Phönix niedriger.

Um 2½ Uhr: Schwanfend. Credit 440, Lombarden 152, Franzosen 467, Reichsbank 154,70, Disconto-Commandit 153,75, Laurabütte 80,50, Tübingen 11,60, Italiener 78,60, Oester. Goldrente 68,25, Ungarische Goldrente 78,75, Oester. Silberrente 58,75, do. Papierrente 57, 5½ Russ. Anl., alte —, do. neue 88,87, Köln-Mindener 138,75, Rheinische 133,25, Galizier —, Bergische 92, —, Rumänen 37,50, Russische Noten 210, —, Orient-Anleihe II. —, III. —.

**Coupons.** (Course nur für Posten.) Oesterreich. Silberrent.-Cp. 174,40 bez., do. Eisenbahn-Coupon 174,40 bez., do. Papier in Wien zahlbar min. — Pf. l. Wien, Amerik. Gold-Dollar-Bonds 4,21 bez., do. Eisenb.-Prior. 4,21 bez., do. Papier-Dollars 4,21 bez., 6½ New-York-City — bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und berl. min. 75 Pf. l. Berl., Poln. Papier a. berl. min. 75 Pf. Warschau, Russ. Gröbl. conf. berl. — bez., Russ. Zoll — bez., 22er Russen —, —, Große Russ. Staatsbahn — bez., Russ. Boden-Credit — bez., Warschau-Wiener

Comm. — bez., Warchau-Terespol — bez., 3½ und 5½ Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Berl. Pr.-Oblat. — bez.

**W. [Statistische Nachrichten von den preussischen Eisenbahnen für das Jahr 1877.]** Diefem im technischen Eisenbahn-Bureau des Ministeriums zusammengestellten umfangreichen Werke entnehmen wir, daß in dem genannten Jahre 4893 Kilometer Staatsbahnen unter 8 Verwaltungen, die Militärbahn mit 45 Kilometer, 3449 Kilometer Privatbahnen unter sechs Staatsverwaltungen und 9430 Kilom. Privatbahnen unter 31 Directionen, überhaupt 17,773 Kilom. Eisenbahnen im Betriebe waren. Theilweise im Betrieb befanden sich noch 373 Kilom. Bahn, so daß mit den erweiterten Strecken die Länge aller Eisenbahnen 18,346 Kilometer betrug. Das Anlage-Capital dieser Bahnen betrug 1,326,125,208 M. in Stamm-, 326,981,700 Mark in Prioritäts-Stamm-Actien und 2,151,767,742 Mark in Prioritäts-Obligationen, überhaupt 3,804,206,650 M., wobei die Kosten für den Bau der Staatsbahnen nicht eingerechnet sind. An Transportmitteln waren am Schlusse des Jahres vorhanden 6818 Locomotiven, 10,249 Personenzüge und 143,060 Lastwagen. Die Locomotiven haben im Ganzen 118,388,385 Kilom., die Personenzüge 802,897,296 Kilom., die Lastwagen 4,324,713,344 Kilom. durchlaufen, und 8,189,442,867 Tonnenkilometer Nettolast wurden befördert. Zur Beförderung gelangten 114,804,613 Personen excl. der auf Abonnementbillets beförderten, 38,365,629 Tonnen Güter und gewöhnliches Gut, 4,191,912 Tonnen anderes Gut, überhaupt 92,557,541 Tonnen. Jede Person durchfuhr durchschnittlich 32,4 Kilometer, jede Tonne Gut 85,9 Kilom. Es kam dabei ein für jede Person pro Kilometer 3,58 Pf., für jede Tonne und Kilom. 4,59 Pf. Im Ganzen wurden 3,722,501,599 Personen- und 7,953,911,285 Tonnen-Kilometer zurückgelegt. Die Einnahmen betrugen aus der Personenbeförderung incl. Gepäck-Überschuldung 138,355,513 M., d. i. pro Kilom. 7941 M., aus dem Güterverkehr 375,035,414 M., d. i. pro Kilom. 21,145 M., aus sonstigen Einnahmen 37,895,084 M., überhaupt 551,286,011 M., pro Kilom. 30,983 M. Von der Einnahme entfallen auf den Personenverkehr 25,1 pCt., auf den Güterverkehr 68 pCt., auf sonstige Einnahmen 6,9 pCt. Die Ausgaben haben betragen 275,516,428 M., d. i. pro Kilom. 15,519 M. und zwar für die Bahnverwaltung 44,838,019 M., für die Transportverwaltung 167,010,163 Mark, für die allgemeine Verwaltung 24,068,246 M. Außerdem sind verausgabt für Erneuerungen c. 38,252,191 M. und an Vergütungen für Benutzung fremder Bahnstrecken 3,760,085 M., im Ganzen 317,528,704 M., pro Kilom. 17,674 M. Die Ausgaben betragen von der Einnahme 50,1 Procent. Der Ueberschuß beträgt im Ganzen 275,769,583 M. oder 15,464 Mark pro Kilom. und 5,81 pCt. des verwendeten Anlage-Capitals. Bei den Privatbahnen ist auf die Actien des Stamm-Capitals, einschließlich der Zinsen, 4,40 resp. mit G.-B. 4,62 pCt. und auf Prioritäts-Stamm-Actien 2,43 pCt. gezahlt. Bei allen Bahnen betragen die zu Zinsen und Dividenden verwendeten Beträge eine Durchschnittsrente für das zinsberechtigende Anlage-Capital von 4,14 resp. 4,50 pCt. Der Reserve- und Erneuerungsfonds der Privatbahnen betrug 15,005,475 M. und 108,720,969 Mark. Gegen 1876 kamen 1,647,502 Personen weniger zur Beförderung und 2,961,162 M. Personengeld weniger zur Einnahme, während im Güterverkehr zwar 1,203,294 T. Güter mehr befördert, aber 1,525,508 M. weniger vereinnahmt wurden. Von der Gesamtzahl der beförderten Reisenden kommen 1 pCt. auf die I., 13,9 pCt. auf die II., 51,7 pCt. auf die III. und 33,1 pCt. auf die IV. Wagenklasse. Auf Abonnements-Billets wurden 2,850,691 Reisen und 27,804,044 Personen-Kilometer zurückgelegt. Im Jahre 1877 kamen überhaupt 165 Entgleisungen vor, von denen 15 auf Unterbrechungen im Geleise, 30 auf mangelhaften Zustand des Oberbaues, 39 auf falsche Stellung von Weichen und Drehscheiben, 17 mangelhafter Handhabung des Zuges, 62 auf mangelhaften Zustand der Fahrzeuge und 2 sonstigen Ursachen zurückzuführen sind. 40 Verletzungen und 4 Tödtungen von Personen waren die Folge. Von den 106 Zusammenstößen von Zügen oder Fahrzeugen sind 8 auf falsche Dispositionen der Beamten, 3 auf mangelhafte Signalisirung, 11 auf Nichtbeachtung der Signale, 9 auf zu schnelles Einfahren in Bahnhöfe, 30 auf falsche Weichenstellung, 11 auf unbedachtetes Rangiren, 12 auf Sperrung des Geleises durch Fahrzeuge, 5 auf Zugtrennung und 17 auf Inangenehmung stehender Fahrzeuge durch Wind u. c. zurückzuführen. Bei diesen Zusammenstößen wurden 5 Personen auf dem Zuge getödtet und 104 verletzt. Der regelmäßige Betrieb wurde außerdem 9 Mal durch Gedruckschaltungen, 1 Mal durch Schneeeinwirkungen, 5 Mal durch Ueberschaltungen, 29 Mal durch Ueberfahren von Fußwegen, 1 Mal durch Feuer im Zuge und 43 Mal durch sonstige Betriebs-Ereignisse gestört, wobei 2 Personen getödtet und 13 Personen auf dem Zuge verletzt wurden. Die Zahl fahrmäthiger bei den Eisenbahnen beschäftigten Personen betrug 33,512 im Beamtendienste und 85,579 im Arbeiterdienste, und zwar kommen auf die Staatsbahnen 27,344 Personen im Beamten- und 28,157 Personen im Arbeiterdienste, bei den Privatbahnen unter Staatsverwaltung 18,671 resp. 17,438 Personen und bei den Privatbahnen in eigener Verwaltung 47,497 resp. 39,984 Personen. Alle diese im Eisenbahndienst beschäftigten Personen haben 171,077,710 M. an Gehalt, Tagelohn oder an sonstiger Emolumenten bezogen. Beim eigentlichen Eisenbahnbetriebe kamen 14 Tödtungen und 62 Verletzungen von Reisenden, 96 Tödtungen und 337 Verletzungen von Bahnbeamten, 82 Tödtungen und 322 Verletzungen von Bahnarbeitern, 2 Tödtungen, 15 Verletzungen von Post-, Steuer- und Polizeibeamten, 87 Tödtungen und 54 Verletzungen von fremden Personen, die nicht gleichzeitig Passagiere waren, und 66 Tödtungen und 13 Verletzungen von Personen, die freiwillig den Tod suchten, so daß also überhaupt 357 Tödtungen und 903 Verletzungen von Personen auf Eisenbahnen stattfanden. Bei Nebenbeschäftigungen des Bahndienstes, d. i. in Werkstätten u. c., wurden 6 Personen getödtet und 352 Personen verletzt. Auf Grund des Haftpflichtgesetzes vom 7. Juni 1871 wurden an einmaligen Abkömmlingen von sämtlichen Bahnen für 59 Personen, die getödtet, und 197, die verletzt waren, 262,871 M. gezahlt und an fortlaufenden Zahlungen für 842 getödtete und 739 verletzte Personen 802,675 M. geleistet. Aus dem Pensionsfonds, welche auf die Haftpflicht-Entscheidung in Anrechnung kommen, wurden gezahlt: aus dem Staats-Pensionsfonds 22,828 M., aus Eisenbahn-Pensions- und Hilfskassen 86,815 M. In Folge von Verunglückungen beim Verlastenbetriebe wurden an einmaliger Abfindung für 3 Verletzte 226 M. und an fortlaufenden Zahlungen für 19 getödtete und 15 verletzte Personen 14,611 M. gezahlt. Beim eigentlichen Bahnbetrieb wurden 1877 auf den schlesischen Bahnen Personen getödtet resp. verletzt: bei der Oberschlesischen Eisenbahn 148, Niederschlesisch-Märkischen Bahn 72, Breslau-Schweidnitzer-Freiburger Bahn 31, Rechte-Deer-Flüßer-Bahn 26, Dels-Bresener Bahn 3, Breslau-Warshauer Bahn 1 Person.

**Breslau, 27. Aug., 9½ Uhr Vorm.** Die Stimmung am heutigen Markte war im Allgemeinen etwas fester, bei mäßigem Angebot Preise gut preishaltend.

Weizen, höhere Forderungen erschwerten den Umsatz, pr. 100 Kilogr. schlesischer weiser alter 18,00 bis 19,50-20,30 Mark, selber alter 17,70 bis 18,80-19,60 Mark weiser neuer 17,50-19,00-19,70 Mark, gelber neuer 17,20 bis 18,30-19,10 Mark, feinste Sorte aber Notiz bezahl.

Roggen, seine Qualitäten gut behauptet, pr. 100 Kilogr. neuer 12,20 bis 13,30-14,00 Mark, feinste Sorte aber Notiz bezahl. Gerste leicht veräußert, pr. 100 Kilogr. 13,20 bis 14,50 Mark, weisse 14,90-15,60 Mark.

Hafer ohne Venderung, pr. 100 Kilogr. alter 11,80-12,40-12,90 bis 13,40 Mark, neuer 10,50-12,00 Mark.

Malz mehr angeboten, pr. 100 Kilogr. 10,60-11,30-12,00 Mark. Erbsen schwach zugeführt, pr. 100 Kilogr. 14,00-15,00-17,00 Mark, Victoria 16,50-17,50-18,50 Mark.

Bohnen schwach zugeführt, pr. 100 Kilogr. 17,00-18,00-19,00 Mark. Lupinen unverändert, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,60-8,00-9,70 Mark, blaue 7,40-7,80-8,50 Mark.

Wicken schwacher Umsatz, pr. 100 Kilogr. 10,60-11,20-11,80 Mark. Delfaaten mehr beachtet. Schlagslein sehr fest.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.  
Schlag-Reinsaat . . . 21 75 19 75 18 —  
Wintererbsen . . . 21 25 19 75 18 50  
Wintererbsen . . . — — — — —  
Sommererbsen . . . — — — — —  
Leinölsaat . . . — — — — —

Kapseln preishaltend, pr. 50 Kilogr. 6,30-6,50 Mark, pr. Sept.-Oct. 6,30 Mark.

Leinöl ohne Angebot, pr. 50 Kilogr. 9,50-9,70 Mark. Kleefamen mehr Kauflust, rather ruhig, pr. 50 Kilogr. 28-33-38 bis 41 Mark, — weiser sehr fest, pr. 50 Kilogr. 40-48-55-60 Mark, hochfeiner aber Notiz.

Thymstee ruhig, pr. 50 Kilogr. 12,50-14-17-19,50 Mark. Wehl in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 28,00-29,00 Mark, Roggen fein 22,50-23,50 Mark, Saubaden 21,00-22,00 Mark, Roggen-Zuckermehl 8,70-9,70 Mark, Weizenkleie 6,90-7,40 Mark.



